

Rede Staatsvertrag Lehrerbildung Linksfraktion März 2023

Anrede

Überall in Deutschland werden Lehrkräfte gesucht. Der Mangel ist enorm. Wie hoch dieser tatsächlich ist, wird unterschiedlich kommuniziert. Die Kultusministerkonferenz spricht von 24.000 Lehrkräften, der Bildungsforscher Klaus Klemm spricht von einem Mangel bis 2030 von gar 74.000 Lehrkräften, wenn wir die Bereiche Ganztage, Inklusion und Brennpunktschulen mit einbeziehen.

Wie viele Lehrkräfte wir in BB brauchen, haben wir mehrfach deutlich gemacht. Für kommende Schuljahre pro Jahr ein Bedarf von mindestens 1800 Lehrkräften - das ist eine Ansage, die nicht optimistisch stimmt.

Es brennt also überall. Woran liegt das?

1. Das enorme **Versorgungsdefizit** ist das Ergebnis eines langjährigen **Ausbildungsdefizits**. Die meisten Bundesländer bilden nicht ausreichend aus, um ihren Eigenbedarf zu decken. Aktuell stellen also fast alle Bundesländer deutlich mehr Lehrkräfte ein als sie selbst ausbilden.
Laut der Studie von Mark Rackles „Wege aus dem Lehrkräftemangel“
 - bilden z.B. Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Saarland nicht mal die Hälfte der Lehrer aus, die sie letztlich einstellen. Wir ziehen also in Größenordnungen Absolvent*innen aus anderen BL ab.
 - Die Ausbildungskapazitäten konzentrieren sich im Wesentlichen auf 3 Länder: NRW, BaWü und Bayern. Diese Länder sind für 55 % aller Lehramtsprüfungen verantwortlich.
2. Hinzu kommt ein massives **Steuerungsdefizit**.
 - 16 Bundesländer steuern – jeder für sich - mit mindestens 2 Ressorts 109 weitgehend autonome Universitäten, die 5007 Studiengänge mit Lehramtsabschluss anbieten. Das erschwert einiges!
3. **Die KMK:**
 - 2009 hat die KMK gemeinsame Leitlinien zur Deckung des Lehrkräftebedarfs verabschiedet - man wolle Vereinbarungen mit Hochschulen anstreben, um die Kapazitäten zu sichern und die Abbruchquote zu senken. **Problem: das erfolgte nicht systematisch und koordiniert.**
 - 2020 hat die KMK sich in der Ländervereinbarung über eine gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens in Art. 37 und 38 dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten gewidmet, jedoch **ohne Mechanismen zur Kapazitätsbestimmung, ohne Controlling, ohne Sanktionen. Es fehlt jede Verbindlichkeit!**
 - 2022 stellt die KMK einen weiter steigenden Lehrkräftebedarf fest, ohne eine Kooperation präzise zu formulieren. Man erneuert die Leitlinien und meint, die Maßnahmen erstmal zu evaluieren um auf datenbasierter Grundlage adäquate Neuerungen vorzunehmen. Man beauftragt die Ständige Wissenschaftliche Kommission Empfehlungen zu erarbeiten.
 - Am 17.3. 23 gab es ein PM der KMK: Die BL sind sich der großen Herausforderungen bewusst und werden künftig in zunehmendem Maße konzentriert handeln. 12 Punkte - viel prüfen, entwickeln und anstreben.... keine Verbindlichkeit!

Sehr geehrt Damen und Herren, es wird deutlich, wozu die KMK in der Lage ist. Wir sind weit entfernt von einer wirksamen Antwort auf die Mangelsituation. Eine substantielle Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und der Quote der Absolvent*innen wurde durch die KMK nicht systematisch verfolgt!

Was also tun?

Es braucht endlich eine verbindliche, länderübergreifende Kooperation der Länder mit dem Bund- kein Zurücklehnen, keine Ausreden- vor allem weg von der Kleinstaaterei in der Ausbildung!

Wie könnte das gehen?

Rackles schlägt in seiner Studie einen **Staatsvertrag** vor.

Klar. Denn es besteht eindeutig ein öffentliches Interesse an einer langfristigen und verbindlichen Absicherung der Bedarfsdeckung in allen Bundesländern! Nur ein Staatsvertrag ist verbindlich und sichert demnach die verpflichtende Berücksichtigung der Finanzierung in den Haushalten der Länder.

- Wir brauchen dringend eine gemeinsame Regelung hinsichtlich standardisierter Lehrkräfteprognosen- da gibt es erhebliche Unterschiede,
- wir brauchen die Verpflichtung aller Bundesländer bedarfsdeckend und bedarfsgerecht auszubilden, wir brauchen gemeinsame Standards in der Lehrkräfteausbildung, verbunden mit einer bundesweiten Anerkennung der Abschlüsse- das betrifft auch den Seiteneinstieg.
- Wir brauchen eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch den Bund und eine wirksame Ausbildungsoffensive!

Berlin und Bremen haben diesen Auftrag schon beschlossen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern werden sicher nachziehen!

Frau Ministerin- setzen Sie sich mit aller Kraft in der KMK für eine verbindliche Kooperation ein. Die Zeit der Bekenntnisse muss vorbei sein!

Ich bitte um Zustimmung.